

# Neues Spiel, neues Glück

Weg vom Atlantik, hin zum Pazifik: Die Umwälzungen in der Weltpolitik stellen die Europäer vor gewaltige Herausforderungen / Von Christian Mihatsch

„Wo haben wir begonnen? Als Friedensprojekt zwischen Feinden. Was ist unsere größte Errungenschaft? Die Ausbreitung von Stabilität und Demokratie über den ganzen Kontinent. Und was ist unsere Aufgabe für die Zukunft? Europa zu einer Weltmacht zu machen, zu einer Kraft für das Gute in der Welt.“

Javier Solana, 2006, Hoher Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Eigentlich könnten sich die Europäer jetzt auf weltpolitische Altenteil zurückziehen: Ihren Drang, sich gegenseitig zu maskieren, haben sie gebändigt, und die Gefahr, dass Europa als Schlachtfeld für den Dritten Weltkrieg erhalten muss, ist ebenfalls abgewandt. Der Kontinent ist geeint und die Europäer leben in Frieden, Freiheit und zumeist in relativem Wohlstand. Doch leider ist die Geschichte hier nicht zu Ende, denn die Welt muss neu geordnet werden.

Während des Kalten Krieges bestand eine bipolare Weltordnung und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion genossen die USA als alleinige Supermacht einen unipolaren Moment. Aber dieser Moment ist auch schon wieder vorbei und die zukünftige Polarität der Welt ist noch unklar. Manche sehen eine neue Bipolarität im Entstehen, diesmal mit den USA und China als Protagonisten. In der positiven Spielart dieser Sichtweise führen Washington und Peking die Welt gemeinsam, die G2-Welt. Und in der negativen Spielart kommt es zu einer Neuaufgabe des Kalten Kriegs. Doch weder China noch die USA wollen eine G2-Welt, geschweige denn eine Konfrontation.

Andere glauben daher, es entwickle sich eine Nicht-Polarität, wo Staaten, Unternehmen, Medien, Mafias, Nichtregierungsorganisationen und Warlords um Einfluss ringen – ein Zustand der Unordnung „mit mehrheitlich negativen Konsequenzen“, wie der Erfinder der Nicht-Polarität, der Präsident des US Council on Foreign Relations, Richard Haass, glaubt. Und wieder andere erkennen eine Rückkehr zu einer multipolaren Weltordnung. „Die Welt ist wieder normal geworden“, sagt der Historiker Robert Kagan und meint damit eine Welt, wo einige Großmächte unablässig um die Vormacht ringen und Krieg letztlich kaum zu vermeiden ist.

Aber es gibt auch eine optimistische Variante der Multi-Polarität: die Inter-Polarität. Hier sind die Abhängigkeiten (Interdependenzen) zwischen den Ländern so groß, dass diese gezwungen sind zusammenzuarbeiten. „Alle wichtigen Staaten sehen sich mit dem beispiellosen Zusammentreffen dreier Krisen konfrontiert, der Wirtschafts-, Energie- und Umweltkrise, und kein Land kann diese Herausforderungen alleine meistern“, sagt der Politikwissenschaftler Giovanni Grevi, der Erfinder der Inter-Polarität. Bei der Neuordnung der Welt stehen also drei mehrheitlich negative und nur ein tendenziell positives Ordnungsmuster zur Auswahl. Und schlimmer noch: Die klassische, konfrontative Multi-Polarität entspricht wohl der „natürlichen“ Ordnung. Aber es gibt noch einen weiteren Grund, warum es verfrüht

wäre, wenn sich die Europäer nun aufs Altenteil zurückzögen: die Verschiebung des wirtschaftlichen und politischen Schwerpunkts vom Atlantik in den Pazifik. So ist der Anteil Europas am weltweiten „Bruttoinlandsprodukt“ seit 1970 von 40 auf 30 Prozent zurückgegangen. Umgekehrt ist der Anteil Asiens im gleichen Zeitraum von 14 auf 26 Prozent gestiegen. Aber das ist noch nicht alles, wie Herman van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates festgestellt hat: „Die Trends gehen weiter als die wohlbekannte wirtschaftliche und demografische Dynamik. Asien und der Pazifik entwickeln sich schnell zu Kraftzentren für Wissenschaft und Forschung, und die Wettbewerbsfähigkeit der Region setzt den globalen Standard.“

Aus diesem Grund haben die USA im vergangenen Jahr Verhandlungen für eine gigantische Freihandelszone rund um den Pazifik gestartet: die Trans Pacific Partnership. Im Gegensatz dazu macht die von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2006 angelegte EU/US-Freihandelszone keine merklichen Fortschritte. Aber auch sicherheitspolitisch konzentrieren sich die USA nun primär auf Asien, denn wie van Rompuy sagt: „Während Europa im letzten Jahrhundert der gefährlichste Kontinent war, hat sich das Augenmerk der Sicherheitsanalysten nun auf Asien und den Pazifik verschoben. Sie erkennen dort zwar noch keinen unverhehlten Rüstungswettlauf, aber hinsichtlich Militärausgaben und konfrontativer Psychologie sind die Voraussetzungen für ein Wettrennen gegeben.“ Diese Verschiebung des Schwerpunkts nach Asien hat zwei Folgen für Europa: Zum einen steht Europa wirtschaftlich und weltpolitisch nicht mehr im Zentrum, sondern findet sich am Rand wieder (siehe Karte), und zum anderen kann sich Europa nicht länger darauf verlassen, dass die USA weiterhin in Eu-

ropas Nachbarschaft für Ordnung sorgen. Dies war bereits im Libyenkrieg zu beobachten, wo sich die USA geweigert haben, die Führungsrolle zu übernehmen und die Alliierten nur unterstützt haben. Kurz, Europa wird unbedeutender und muss sich zunehmend selber um seine Sicherheit kümmern.

Das Erfordernis, eine neue Weltordnung zu entwickeln, und der relative Bedeutungsverlust Europas bergen die Gefahr, dass die neue Weltordnung ohne Europa entwickelt wird. Denn die Zeiten, wo einzelne europäische Länder als Großmächte auf der weltpolitischen Bühne agieren konnten, sind vorbei, und die permanenten Sitze von England und Frankreich im UN-Sicherheitsrat wirken zunehmend als Überbleibsel aus einer längst vergangenen Zeit. Europa steht also vor einer Wahl, wie Catherine Ashton, die Außenbeauftragte der EU, festgestellt hat: „Es ist wirklich einfach: Wenn wir alle am gleichen Strang ziehen, können wir unsere Interessen verteidigen. Wenn nicht, werden andere für uns Entscheidungen treffen.“

Aber was einfach klingt, ist schwierig umzusetzen. Denn was bedeutet es, „am gleichen Strang zu ziehen“? Dies bedeutet eine weitgehende Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der EU und somit die Abgabe von Souve-

ranitätsrechten durch die Mitgliedsstaaten. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit dem Lissabon-Vertrag gemacht, durch den die Jobs von van Rompuy und Ashton vor rund zwei Jahren erst geschaffen wurden. Doch der Lissabon-Vertrag greift zu kurz. Er hat Institutionen geschaffen, aber sagt nichts über die Inhalte der EU-Außenpolitik. Was fehlt, ist eine gemeinsame Strategie, die beschreibt, in welche Richtung sich die Welt entwickeln soll und welchen Platz Europa in dieser Welt anstrebt – eine „grand strategy“. Eine solche Strategie ermöglicht die Koordination der außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten der EU-Mitglieder. Dies zeigt ein Blick in die Vergangenheit, als die EU noch eine „grand strategy“ hatte: Während des Kalten Krieges bestand die europäische Strategie darin, einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden und eine weitere Ausbreitung kommunistischer Diktaturen zu verhindern. Und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfolgte die EU-Strategie das Ziel, die jungen Demokratien in Mitteleuropa zu stabilisieren und diese Länder in die EU und Nato zu integrieren. Dieses Ziel wurde im Jahr 2007 mit der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in die EU erreicht. Doch nun fehlt eine „grand strategy“, und auch die Aufnahme der Nachfolgestaaten Jugoslawiens in die EU vermag diese Lücke nicht zu

füllen. Schließlich kann sich Europas Antwort auf die Herausforderung einer multipolaren Welt und den Aufstieg Asiens nicht in der Aufnahme Montenegros erschöpfen. Im Gegenteil: Was Europa braucht, ist ein Wechsel der Perspektive, wie der britische Historiker Timothy Garton Ash anmahnt: „Während die größten Errungenschaften Europas in den letzten 50 Jahren innerhalb von Europa waren, liegen die Herausforderungen der nächsten 50 Jahre außerhalb Europas.“

Doch um diesen Herausforderungen strategisch begegnen zu können, müssen die Europäer – und hier insbesondere die Deutschen – ihre Abneigung gegenüber einem strategischen Ansatz in der Weltpolitik überwinden. Innerhalb Europas ist Machtpolitik zurecht verpönt, und viele lehnen daher einen strategischen Ansatz auch auf der globalen Ebene ab. Dabei übersehen sie aber, dass der Verzicht auf Machtpolitik innerhalb Europas auf Gegenseitigkeit beruht, während auf der globalen Ebene die wesentlichen Akteure wie die USA, China, Indien oder Russland mit größter Selbstverständlichkeit strategisch vorgehen. Das europäische Unbehagen mit einem strategischen Ansatz rührt dabei weniger von den Zielen her, etwa einer auf Kooperation beruhenden, interpolaren Weltordnung, sondern von den Mitteln, dem zweiten konstitutiven Teil einer „grand strategy“. Denn das Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele ist Macht, wie auch das eingangs aufgeführte Zitat von Javier Solana zeigt: „Und was ist unsere Aufgabe für die Zukunft? Europa zu einer Weltmacht zu machen, zu einer Kraft für das Gute in der Welt.“ Hier ist „Europa zu einer Weltmacht zu machen“ das Mittel und „zu einer Kraft für das Gute in



Asien – hier Shanghai – ist die neue Boomregion.

der Welt“ das Ziel. Für Solana ist klar, dass Europa ein Pol in der multipolaren Weltordnung sein muss, eine Weltmacht, wenn es den weiteren Verlauf der Geschichte beeinflussen will.

Die Macht eines Staates oder Staatenverbundes setzt sich dabei aus drei Elementen zusammen: „Soft Power“, also der Anziehungskraft des politischen und gesellschaftlichen Modells, sowie den beiden Varianten von „Hard Power“: Geld und Gewalt. Wenn Europa also einer interpolaren Weltordnung zum Durchbruch verhelfen will, muss es alle drei Formen von Macht zum Einsatz bringen, auch militärische Mittel. Denn die Glaubwürdigkeit der UNO hängt davon ab, dass UN-Resolutionen auch durchgesetzt werden. Und der Bedarf für internationales Krisenmanagement ist groß: In den letzten zehn Jahren war die EU an 28 verschiedenen Einsätzen beteiligt. Frieden und Sicherheit sind bedauerlicherweise eben kein Zustand, sondern ein Produkt, ein internationales öffentliches Gut, das immer wieder aufs Neue hergestellt werden muss.

Und die Nachfrage nach diesem Gut wird weiter steigen: Allein der Klimawandel und die wachsende Weltbevölkerung sorgen für zunehmendes Konfliktpotential. Hinzu kommen die immer größeren gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Staaten, sodass Waldbrände in Russland zu Hungeraufständen in Afrika führen können. Oder um es mit Ashton zu sagen: „Niemand kann auf eine Insel der Stabilität und des Wohlstands hoffen, in einem Meer aus Unsicherheit und Ungerechtigkeit.“

Wenn sich Europa also seinem Bedeutungsverlust entgegenstemmt und geschlossen strategisch agiert, so geschieht dies nicht nur, um das eigene Selbstwertgefühl zu befriedigen. Es geht vor allem darum, Einfluss auf den weiteren Verlauf der Geschichte zu nehmen, „eine Kraft für das Gute in der Welt“ zu sein. Und der europäische Ansatz wird immer noch gebraucht, obschon die aktuelle Weltordnung in weiten Teilen der europäischen Wunschvorstellung entspricht: Mit Dutzenden von internationalen Organisationen und Hunderten von Staatsverträgen wurde für die meisten grenzübergreifenden Probleme eine rechtsbasierte, multilaterale Lösung entwickelt.

## Viele Kleine machen den Großen Druck

Doch insbesondere die USA und China halten wenig vom Multilateralismus, da sie sich ungern rechtlich zu etwas verpflichten. Wenn Europa daher nicht an der Ausarbeitung der neuen Weltordnung beteiligt ist, wird der Multilateralismus geschwächt und die Chancen für eine auf Kooperation basierte, inter-polare Welt schwinden. Dabei hat der multilaterale Ansatz weltweit Anhänger, wie etwa der Erfolg in der letzten Runde der internationalen Klimaverhandlungen in Durban gezeigt hat: Indem Europa dort Allianzen mit den kleineren Entwicklungsländern geschmiedet hat, ist es gelungen die USA, China und Indien zu Zugeständnissen zu bewegen.

Noch ist es also zu früh für Europa, sich aufs weltpolitische Altenteil zurückzuziehen, denn wir können die Welt ja nicht einfach alleine lassen.



Europa ringt noch um seine neue Rolle.

FOTOS: DPA/BZ